

Eckpunktepapier

GRÜNE Personaloffensive für die sächsische Landesverwaltung

Valentin Lippmann
innenpolitischer Sprecher

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 30
Telefax: 0351 / 493 48 09

valentin.lippmann@slt.sachsen.de

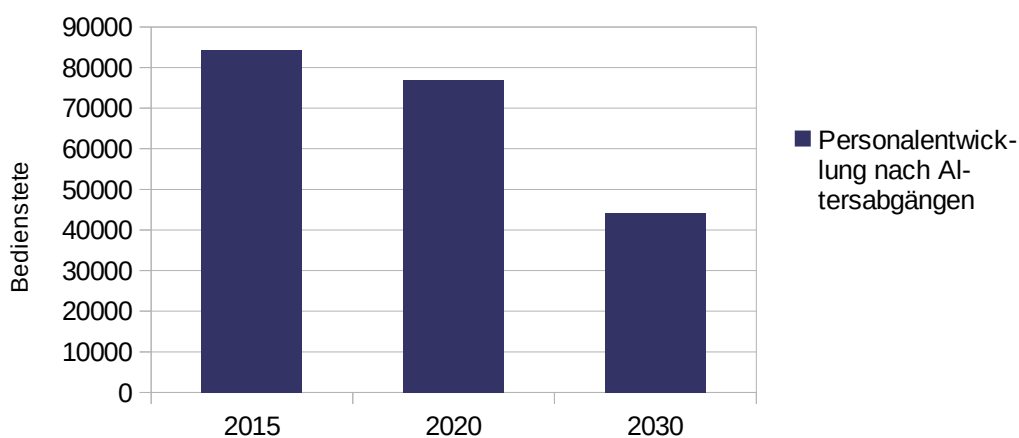
Dresden, 21. September 2016

1. Personalsituation in der sächsischen Landesverwaltung

Bis 2030 gehen von 84.364 Bediensteten des Freistaates Sachsen (Stand 1.1.2015) rund 51 Prozent in den Ruhestand. Das bedeutete, dass der Freistaat bis dahin 38.000 neue Fachkräfte gewinnen, also ab 2017 durchschnittlich jährlich 2.700 Neueinstellungen vornehmen muss. Die sogenannte „Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“ – auf deren Abschlussbericht die hier verwendeten Zahlen beruhen – hat zudem dargestellt, dass das gesamte Personal in weniger als 30 Jahren aufgrund der Altersabgänge vollständig ausgetauscht werden muss, der reguläre Personalumbruch hingegen liegt bei 42 Jahren. Sachsen Verwaltung ist überaltert. Das ist das Ergebnis einer über Jahre auf Verschleiß gefahrenen Personalpolitik.

Personal Altersabgänge bis 2030

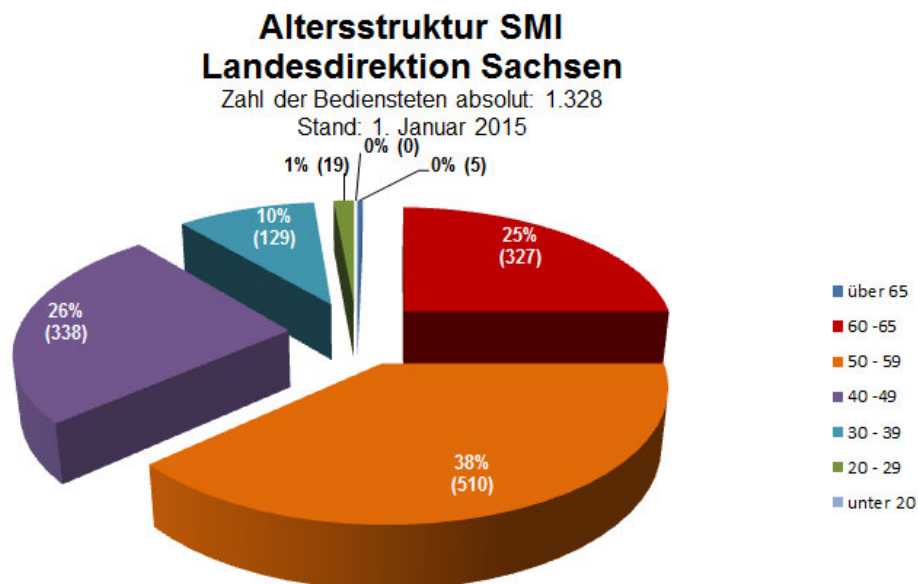
Quelle: Drs. 6/5473



Einige Bereiche der Landesverwaltung sind in den nächsten 15 Jahren besonders von Altersabgängen betroffen, insbesondere

- das Personal der Gerichte, Staatsanwaltschaften, Richter und Staatsanwälte,
- der Justizvollzug,
- die Landesdirektion (LDS),
- das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfLUG), das Landesamt für Straßen und Verkehr (LASuV),
- das Statistische Landesamt, das Landesamt für Denkmalpflege, das Staatsarchiv, die Staatlichen Kunstsammlungen, die Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen.

Die Personalkommission hat die Altersstrukturen der einzelnen Ressorts erfasst. Die der Landesdirektion sei hier beispielhaft aufgeführt:



Quelle: Abschlussbericht Personalkommission, Drs. 6/5473

2. Beispiele

Besonders deutlich werden die Probleme – neben denen des Schulpersonals – bereits bei der Arbeitsschutzverwaltung der Landesdirektion. Dort werden im aktuellen Haushaltsentwurf erhöhte Mittel für Dienstleistungen Dritter angesetzt. Begründet wird dies in den Antworten auf Fragen der GRÜNEN Fraktion im Innenausschuss wie folgt:

„Aufgrund der zahlreichen zu erwartenden Personalabgänge in der Abteilung 5 Arbeitsschutz und der bisherigen restriktiven Einstellungspolitik müssen bei Nichtkompensation des Weg-

gangs durch Neueinstellung die Aufgaben an Dritte vergeben werden. Daher gab es auf Ebene der Ministerien eine weitere voraussichtliche Mittelfreigabe.

Der Mehrbedarf von 1.000,0 T€/Jahr bei der Haushaltsstelle 03 04/534 01 (Dienstleistungen Dritter und dgl.) für den Doppelhaushalt 2017/2018 begründet sich insbesondere damit, dass eine Vielzahl gesetzlich zwingend vorgeschriebener Leistungen der LDS wie Begutachtungen und Überwachungen im gewerbeaufsichtlichen Bereich, ingenieurtechnische Prüfleistungen im wasserwirtschaftlichen Bereich, lärmschutzfachliche Bewertungen, Untersuchungen zur Produktsicherheit, Bauabnahmen zu Planfeststellungen, Erkundungen und Gefahrenbewertungen im Altlastenbereich, immissionsschutzrechtliche Prüfungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen mit den vorhandenen personellen Kapazitäten schlichtweg nicht mehr erfüllbar sind.

Die personelle Ausstattung der LDS lässt eine Leistungserbringung mit eigenem Personal nicht mehr zu.“

Die Landesdirektion kann – selbst aus Sicht der Staatsregierung – bereits jetzt nicht mehr ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen.

Auch an anderer Stelle wirkt sich die Personalnot unmittelbar aus. So wurden die Fördermitelanträge der Kommunen für die Digitalfunkausstattung der Feuerwehren zeitweise nur mit vier Stunden pro Woche von einer Personalkraft bearbeitet. Das führt dazu, dass Fördermitelanträge spät oder – etwa die der Landkreise Mittelsachsen, Nordsachsen oder des Vogtlandkreises – teilweise seit 2014 noch gar nicht bearbeitet wurden.

In vielen Bereichen gehen Behörden mittlerweile auch offensiv mit ihrer Personalnot an die Öffentlichkeit, so etwa das Staatsarchiv.

3. Was tut die Staatsregierung?

Im aktuellen Haushaltsentwurf 2017/2018 findet sich ein Stellenaufwuchs von rund 1.600 Stellen in den nächsten beiden Jahren. Davon wurden bereits 2016 knapp 800 Stellen zusätzlich vom Landtag für die Bereiche Polizei, Wachpolizei, zentrale Ausländerbehörde und Justiz bewilligt. Auch die weiteren 800 Stellen sind in erster Linie für den Einzelplan 03 (Geschäftsbereich Innenministerium) vorgesehen, etwa zur Erhöhung des Einstellungskorridors bei der Polizei, für die Landesdirektion im Bereich Asyl oder für das Landesamt für Verfassungsschutz. Andere Ressorts verzeichnen kaum Stellenaufwüchse.

Es wird außerdem ein Personalpool „Demografie“ mit insgesamt 75 Stellen eingerichtet, die einzelnen Ressorts auf Antrag temporär für 12 bis 36 Monate zugewiesen werden können.

Gleichzeitig hält die Staatsregierung an in den letzten Jahren vereinbarten Stellenabbauzielen fest. Bis nach 2020 ist noch immer die Streichung von 3.618 Stellen vorgesehen, allein 443 in den nächsten beiden Jahren. Auch hier ist die Landesdirektion mit 68 kw-Vermerken, dort insbesondere die Abteilung Umweltschutz, wieder überdurchschnittlich belastet.

4. GRÜNE Personaloffensive

Die von der Staatsregierung getroffenen Maßnahmen reichen mitnichten, um die starken Altersabgänge in den nächsten 15 Jahren auszugleichen oder ihnen entgegenzuwirken. In den aktuellen Haushaltsverhandlungen wird die GRÜNE-Fraktion daher 1.365 zusätzliche Stellen beantragen. Die Forderung betrifft in erster Linie die Bereiche der Landesverwaltung, die bereits jetzt überaltert ist. Damit in diesen Bereichen in den kommenden 15 Jahren ein gleichmäßiger Stellenaufwuchs zum Ausgleich der Altersabgänge stattfinden kann, wurden die Altersabgänge bis 2030 auf 15 Jahre verteilt und somit ein durchschnittlicher Neueinstellungskorridor pro Jahr ermittelt. Da in diesen Bereichen – bis auf die gekennzeichneten – vorerst kein zusätzlicher Stellenbedarf gesehen wird, werden diese 832 Neueinstellungen zum Ausgleich der Altersabgänge auf zehn Jahre befristet. Das neu eingestellte Personal wechselt in dieser Zeit auf frei werdende Stellen. Die konkrete Verteilung auf die einzelnen Bereiche ist der Tabelle zu entnehmen.

Von den insgesamt 112 für die Landesdirektion vorgesehenen Stellen sind jeweils zehn unbefristete Stellen für den Arbeitsschutz sowie für Planfeststellungsverfahren und 15 befristete Stellen der Abteilung Umweltschutz zugewiesen. Von den insgesamt 62 Stellen für das Landesamt für Straßen und Verkehr sind 12 Stellen für die Aufgabenerfüllung Radverkehr vorgesehen.

Wir GRÜNEN sehen zudem einen Mehrbedarf an (unbefristeten) Stellen aufgrund neuer Aufgaben oder einer Aufgabenbewältigung aufgrund höherer Standards in folgenden Bereichen:

- insgesamt 12 zusätzliche Stellen beim Sächsischen Datenschutzbeauftragten wegen der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung,
- 200 weitere Polizeianwärter pro Jahr zuzüglich Umsetzung von 100 Stellen vom Landesamt für Verfassungsschutz zur Polizei und Aufstockung des Ausbildungspersonals,
- 50 weitere Stellen pro Jahr für den Justizvollzug. Insgesamt halten wir 200 zusätzliche Stellen pro Jahr im Justizvollzug für erforderlich, um eine verbesserte Gefangenen/Personal-Quote zu erreichen,
- je 10 Stellen pro Jahr für die Arbeitsschutzverwaltung und Planfeststellungsverfahren in der Landesdirektion.

Wir fordern zudem eine Ausbildungsoffensive verbunden mit einer Öffentlichkeitskampagne, mit der gezielt Nachwuchs für die Landesverwaltung des Freistaates angeworben wird. Den Anwärtern und Auszubildenden ist eine Übernahmegarantie bei erfolgreichem Abschluss zu gewähren. Die Streichung von Ausbildungsstellen etwa bei der Landesdirektion, wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, lehnen wir ab.

Für den Bereich der Bildung schlagen wir ein zeitlich und zahlenmäßig befristetes Rückkehrprogramm für sächsische Lehrerinnen und Lehrer vor, die in andere Bundesländer abgewandert sind. Wir wollen diesen jungen Menschen eine Perspektive in Sachsen geben, zu der auch die Beibehaltung des Beamtenstatus gehört.

Da die Staatsregierung derzeit über keine umfassendes Personalkonzept zu Bewältigung dieser gewaltigen Umwälzungen verfügt, hat die GRÜNE-Fraktion dies mit einem entsprechenden Antrag bereits gefordert.

5. Kosten und Finanzierung

Die konservativ gerechneten Kosten für die vorgeschlagenen 1.365 zusätzlichen Stellen und die Wiederbesetzung der 443 kw-Stellen belaufen sich auf ca. 117,5 Mio. Euro. Das entspricht ca. 1,26 Prozent der im Haushaltsentwurf vorgesehen Personalausgaben und ist von den (reichlichen) Titelanträgen und Verstärkungsmitteln abgedeckt. Zugleich werden Mittel für die Vergabe von Dienstleistungen an Dritte eingespart. Im Übrigen liegt Sachsen mit dem Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt rund zehn Prozent unter dem Anteil westlicher Bundesländer.

6. Zusammenfassung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert:

- Schaffung von 1.365 neuen Stellen, von denen 812 auf zehn Jahre befristet sind – damit wird den hohen Altersabgängen in den kommenden 15 Jahren vorgebaut, eine ausgeglichene Altersstruktur avisiert und in den Bereichen Polizei und Justizvollzug eine bessere Aufgabenbewältigung erreicht,
- Streichung aller kw-Vermerke – damit wird sichergestellt, dass frei werdende Stellen wieder neu besetzt werden können,
- eine Ausbildungsoffensive für den öffentlichen Dienst, inklusive Übernahmegarantie für Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungseinrichtungen für die öffentliche Verwaltung,
- eine Rückkehrprogramm für Lehrerinnen und Lehrer,
- die Erarbeitung eines umfassenden Personalkonzepts als Strategie zur Bewältigung der hohen Altersabgänge und Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur in der Landesverwaltung.

Quellen:

Abschlussbericht der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung (Drs. 6/5473)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=5473&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1

Regierungsentwurf des Stellenentwicklungsberichtes der Sächsischen Staatsregierung zum Haushaltsplan 2017/2018

http://www.finanzen.sachsen.de/download/Entwurf_Stellenentwicklungsbericht2017-2018_HH-Entwurf-neu.pdf

Antwort des Innenministeriums auf die Anfrage von Valentin Lippmann „Fördermittel für Digitalfunkausstattung - Nachfrage zu Drs. 6/5746“, (Drs. 6/6059)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=6059&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1

Antwort des Innenministers auf die Anfrage von Valentin Lippmann „215 Zusätzliche Stellen bei der Landesdirektion Sachsen“, (Drs. 6/6146)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=6146&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1

GRÜNER Antrag „Konsequenzen aus dem Abschlussbericht der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung ziehen - umfassendes Personalkonzept erarbeiten und Maßnahmen zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einleiten“ (Drs. 6/5674)

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=5674&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=0

Erläuterungen/Glossar:

kw-Vermerke	Stellen, die im Haushaltsplan als „künftig wegfallend“ gekennzeichnet werden
LfULG	Fachbehörde für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft, Geologie und Ländlichen Raum
LASuV	Fachbehörde für Straßen und Verkehr, Planung, Bau, Unterhalt, Nahverkehr, Lärmschutz
Landesdirektion	Mittelbehörde, teilweise mit Fach- und Rechtsaufsicht, in unterschiedlichsten Bereichen, etwa Inneres, Soziales, Umweltschutz, Arbeitsschutz, Infrastruktur, Asyl

„GRÜNE Personaloffensive für Sachsen“

Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Neueinstellungen beim Landespersonal

Bereich	Aufwuchs für verbesserte Aufgabenbewältigung (Stellenplus)		Aufwuchs für spätere Altersabgänge (auf 10 Jahre befristete Stellen)		Gesamt (Doppelhaushalt)
	2017	2018	2017	2018	
Sächsischer Datenschutzbeauftragter	2	10			12 ¹
Polizei	200 ²	200			400
Polizeiausbildung	15	5			20
Landesdirektion	10	10	46	46	112 ³
Statistisches Landesamt			13	13	26
Landesamt für Denkmalpflege			5	5	10 ⁴
Staatsarchiv			4	4	8
Richter/Staatsanwälte			65	65	130
Gerichte/StA sonstige			120	120	240
Justizvollzug	50	50	51	51	202 ⁵
Landesamt für Straßen und Verkehr			31	31	62 ⁶
Staatliche Kunstsammlungen			15	15	30
Landesuntersuchungsanstalt			15	15	30
Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft,			41	41	82
Tierschutzbeauftragter	1				1
Gesamt	278	275	406	406	1.365

1 Ab 2018 höherer Stellenbedarf wegen Datenschutzgrundverordnung.

2 Zuzüglich Umsetzung 100 Stellen von Landesamt für Verfassungsschutz zu Polizei.

3 Jeweils 10 unbefristete Stellen für Arbeitsschutz und Planfeststellung sowie 15 befristete Stellen für die Abteilung Umweltschutz.

4 Hier müssten eigentlich 3 Neueinstellungen pro Jahr durchschnittlich vorgenommen werden. Der höhere Ansatz gleicht den Abbau der Vorjahre aus.

5 Insgesamt halten wir einen Stellenaufwuchs von 200 Stellen im Justizvollzug für erforderlich, um eine verbesserte Gefangenen/Personal-Quote zu erreichen. Dieser Aufwuchs wurde auf vier Jahre verteilt. Zum Ausgleich der Altersabgänge sind zusätzliche Neueinstellungen erforderlich.

6 12 Stellen sind für die Aufgabenerfüllung Radverkehr vorgesehen.